

## Bremen erfolgreich gegen Salafisten

Anders als im Bund stagniert die Zahl der Anhänger

VON JÜRGEN HINRICHS

**Bremen-Berlin.** Die Zahl der Salafisten in Deutschland ist in den vergangenen Monaten noch einmal dramatisch gestiegen: Nachdem im Juni von rund 7500 Anhängern ausgegangen wurde, doppelt so vielen wie vier Jahre zuvor, waren es im Dezember nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) bereits mehr als 8300. „Die Gefahr der Radikalisierung aus diesem Umfeld ist groß“, sagte BKA-Präsident Holger Münch in einem Interview mit dem WESER-KURIER. Rund 440 Salafisten trauere seine Behörde einen Anschlag zu. Darüber hinaus gebe es fast 320 Menschen, die solche Attentäter unterstützen könnten.

Münch war vor seinem Amtsantritt im Dezember 2014 Polizeipräsident und zuletzt Staatsrat für Inneres in Bremen. Die Verhältnisse in seiner Heimatstadt sind ihm wohl bekannt. Dass dort die Zahl der Salafisten seit einiger Zeit gegen den Bundes-trend bei 360 stagniert, erklärt er sich mit einer „breiten Mischung aus Maßnahmen der Repression und Prävention bis hin zu einem Vereinsverbot“. Das mache Bremen allem Anschein nach gut. Nicht vergessen dürfe man aber, dass es in der Hansestadt nach wie vor eine vergleichsweise große Szene von Islamisten gebe. Münch: „Kein Grund also zur Entwarnung.“

Seit Münch der oberste Polizist in Deutschland ist, muss er sich vor allem mit dem islamistisch motivierten oder verbrämten Terrorismus befassen. Treiber dieser Entwicklung sind die Anschläge im Januar und November in Paris sowie diverse Terrorwarnungen, eine davon betraf Ende Februar Bremen und wird gerade parlamentarisch aufgearbeitet.

Gegensteuern will man nun unter anderem mit einer national abgestimmten Präventionsstrategie. „Es passiert in der Hinsicht schon sehr viel in den Ländern, wir fangen also nicht bei null an“, erklärte der BKA-Präsident, „notwendig ist es aber, die verschiedenen Initiativen stärker miteinander zu vernetzen, ein übergreifendes System zu entwickeln.“ Zur besseren Koordination arbeite seine Behörde gerade daran, die Angebote zu kartografieren.



Sieht Bremen auf einem guten Weg: BKA-Präsident Holger Münch. FOTO: STEFAN MARIA ROTHER

Anfang kommenden Jahres solle es außerdem eine Konferenz der Akteure geben, um konkrete nächste Schritte zu besprechen.

Ebenfalls im Januar wollen sich die Sicherheitsexperten aus Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern treffen, um einen Beschluss der Innenministerkonferenz zur Arbeit gegen die islamistische Radikalisierung junger Menschen „Richtung und Struktur“ zu geben, wie es aus der Bremer Innenbehörde heißt. Innen-senator Ulrich Mäurer (SPD) hatte sich bei seinen Kollegen mit einer entsprechenden Initiative im Juni noch eine Abfuhr geholt. Unter dem Eindruck der Anschläge in Paris im November besann sich die Minister-runde dann aber doch auf ein gemeinsames Vorgehen.

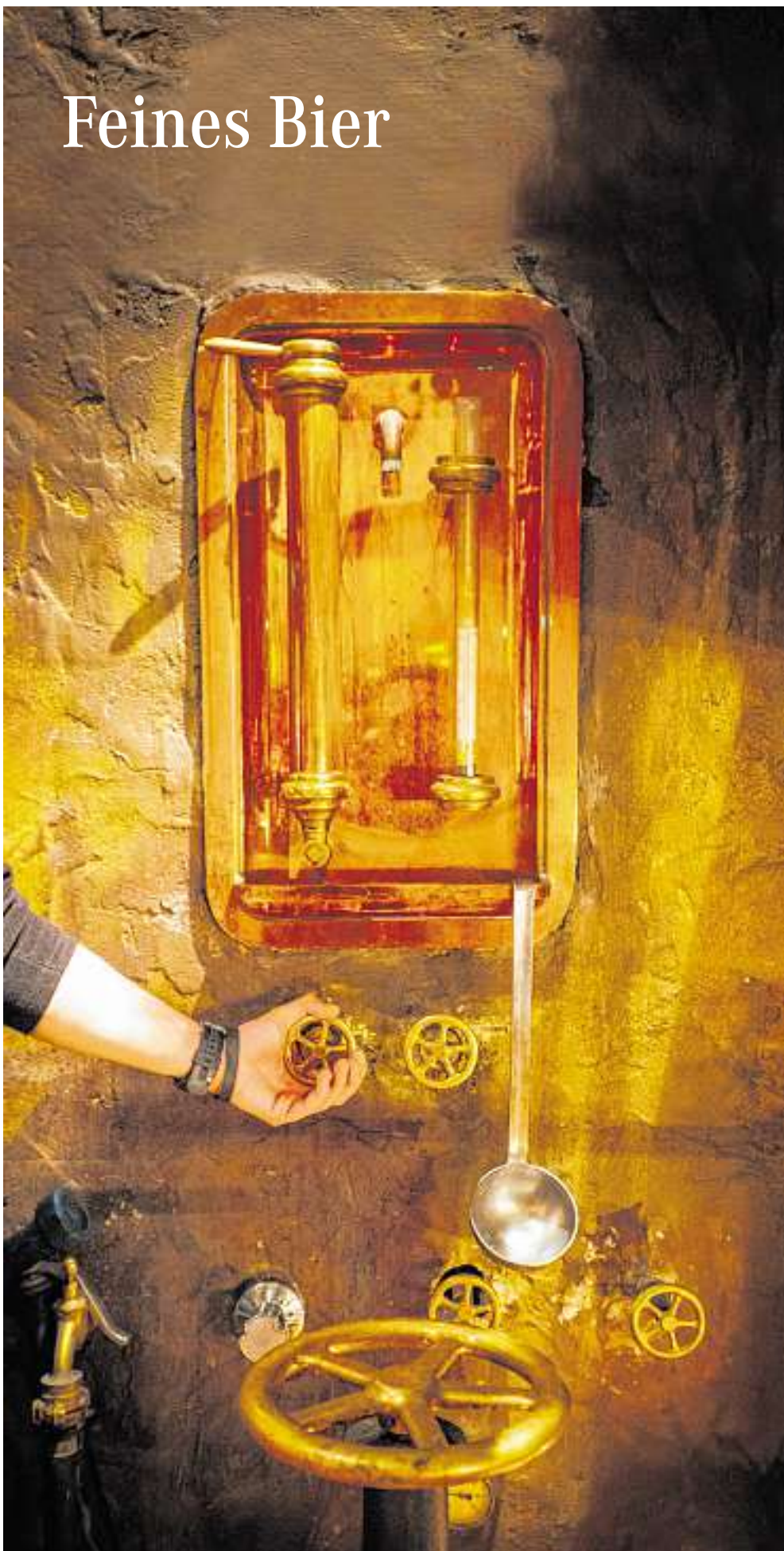
„Das Bremer Ziel ist es, in einer Arbeitsgruppe mit den Bundesministerien für Inneres und für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie den Ländern und Kommunen die Nationale Präventionsstrategie zu vereinbaren“, teilt die Innenbe-hörde mit. Um von erfolgreichen Modellen in anderen Staaten wie Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien zu lernen und Fehler, die andernorts gemacht wurden, zu vermeiden, wolle man dabei auch nationale und internationale Experten einbeziehen.

In Bremen wird die Präventionsarbeit unter dem Dach des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (Vaja) organisiert. „Es ist unsinnig, wenn jedes Bundesland alleine vorgeht und die Projekte parallel laufen“, sagt Berna Kurnaz vom Beratungsnetzwerk Kitab, das zu Vaja gehört. Warum es nicht längst eine Zusammenarbeit gibt? „Fragen Sie mich etwas Leichteres“, so Kurnaz. Präventionsarbeit habe es in der Vergangenheit meist nur dort gegeben, wo das Geld dafür da war. Das Netzwerk sei mittlerweile trotzdem deutlich stärker geworden.

Kitab gibt es seit mehr als drei Jahren. In dieser Zeit sind nach Darstellung von Kurnaz mit Schwerpunkt auf Bremen und dem Umland rund 170 Fälle betreut worden. Zumeist gehe es dabei um Jugendliche, die dem Salafismus näher rückten. Entweder kämen sie selbst zu Kitab, oder es gebe Hinweise von den Eltern oder der Schule. „Im Vordergrund steht dann gar nicht mal das religiöse Phänomen“, betont Kurnaz, „die Fälle spiegeln vielmehr eine gesellschaftliche Schief-lage wider.“ Den Jugendlichen fehle es an Orientierung und Teilhabe. Dadurch erst würden sie empfänglich für jede Form von Radikalisierung.

Während Kitab eingreift, wenn es klare Signale dafür gibt, dass ein Jugendlicher definitiv abdriftet, deckt ein weiteres Angebot von Vaja die Phase davor ab. Das Team Jamil richtet sich nach eigener Darstellung an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich mit Fragen von Identität, Glaube und Zugehörigkeit auseinandersetzen und dabei möglicherweise mit dem Gedankengut des Salafismus sympathisieren.

Bericht und Interview Seite 8



## Feines Bier

In Bremen hat sich in den vergangenen Jahren eine kleine, aber feine Szene entwickelt: Vier Brauereien haben sich der Craft-Beer-Tradition verschrieben. Ihren Kunden wollen die Produzenten – so sagt es der Begriff Craft Beer – geschmackvol-

les, lokales und kreatives Bier bieten, das es nur in kleinen Mengen zu kaufen gibt. Mit den Produktionszahlen großer Braue-reien wie Anheuser-Busch Inbev können sie damit nicht mithalten. BEM-FOTO: CRONE  
Thema Seiten 10 und 11

## Diebe scheuen großen Aufwand

**Hannover-Osnabrück.** Für Einbrecher ist bei der Auswahl ihrer Objekte nicht in erster Linie die Höhe der zu erwartenden Beute entscheidend, sondern die Frage, wie einfach oder kompliziert die Tatausführung ist. Das ist eine der Erkenntnisse eines kriminologischen Forschungsprojekts, dessen Ergebnisse jetzt vorgestellt wurden.

Das gemeinsame Projekt der Polizei-direktion Osnabrück und des Landeskriminalamts Niedersachsen hatte sich erstmals der Frage gewidmet, warum manche Wohnhäuser mehrfach von Einbrechern heimge-sucht werden, andere dafür überhaupt nicht. Die Erkenntnis, dass es den Straftä-tern in erster Linie um geringen Aufwand und schnelle Beute gehe, bezeichnete der Osnabrücker Polizeisprecher Marco Eller-mann als neu.

Und noch ein weiterer Aspekt geriet im Verlauf der Studie in den Vordergrund: Es habe sich nachweisen lassen, dass „Ob-jekte, die sich in einem ungepflegten Zu-stand befinden, bei denen Sachbeschädi-gungen erkennbar sind, oder in deren Um-feld sich Müll auf den Straßen befindet, mehrmals das Ziel von Einbrüchen wur-den“, hieß es.

Polizeisprecher Ellermann ist sich sicher, dass die Ergebnisse der Studie in die Prä-vention einfließen werden. „Wir können zum Beispiel für besonders gefährdete Pro-jekte noch zielgerichteter Präventionstipps geben“, sagte er. JR

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 14

### THEMA

#### Der Klan der Rassisten

3

Vor 150 Jahren wurde in den USA der Ku-Klux-Klan gegründet. Seitdem geht er mit brutaler Gewalt insbesondere gegen Schwarze vor. Jetzt hoffen die Rassisten auf Donald Trump.

### POLITIK

#### Schwer verletzter Säugling gestorben

4

Ein zwölf Monate alter Junge in Hamburg soll so schwer geschüttelt worden sein, dass er jetzt an den Folgen starb. Im Verdacht stehen seine Mutter und ihr Lebensgefährte. Das Jugendamt hatte die Familie betreut.

### WIRTSCHAFT

#### Nordsee bekommt neuen Chef

15

Er ist 35 Jahre alt und Anhänger einer strengen Diät: Ab Januar übernimmt Robert Jung den Vorsitz der Geschäftsführung beim Bremerhavener Unternehmen Nordsee. Jung will die Neuausrichtung vorantreiben.

### SPORT

#### Eichin steht zu Skripnik

2, 21

Werder steht nach dem Abschluss der Hinrunde mit dem Rücken zur Wand. Kann es deshalb mit Viktor Skripnik noch weitergehen? Sportchef Thomas Eichin bejaht das und beschwört ruhiges Handeln – auch wenn der Trainer viele Fehler gemacht hat.



### RUBRIKEN

Familienanzeigen .....	13	Lesermeinung .....	27
Fernsehen .....	18	Rätsel & Roman .....	17
Gesundheit .....	28	Tipps & Termine .....	12

## Frischer Wind



Ralph Schulze  
über die Wahl in Spanien

Nach dem politischen Erdbeben bei der Parlamentswahl wird in Spanien eine neue Epoche anbrechen. Denn die junge und linke Protest-partei Podemos, die mit einem überraschend starken Ergebnis auftrumpfte, wird künftig im Parlament ein wichtiges Wörtchen mitreden. Genauso wie die zweite neue Partei Ciudadanos aus der liberal-bürgerlichen Ecke, die zwar die hohen Erwartungen nicht erfüllte, aber auch noch einen ansehnlichen Stimmenanteil errang.

Für den unbeliebten konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, der mit seiner Volkspartei auf sehr niedrigem Niveau siegte, aber seine Regierungsmehrheit verlor, bedeutet dies eine heftige Ohrfeige. Und möglicherweise das Ende seiner Amtszeit.

Die beiden Politaufsteiger Podemos und Ciudadanos trennt zwar ideologisch vieles, aber die Parteineulinge haben eines gemeinsam: die Forderung nach einer „demokratischen Erneuerung“ im spanischen Königreich, in dem viele Bürger das Vertrauen in die regierenden Politiker verloren haben.

Die Newcomer sind die Antwort auf diese tiefe Vertrauenskrise: Sie verstan-den es, Ärger und Wut der Bürger zu kanalisieren und den Millionen Unzu-friedenen, die vom politischen Esta-blishment enttäuscht waren, eine Stimme zu verleihen. Nun müssen ihre jungen und populären Wortführer be-weisen, dass sie nicht nur die Men-schen mitreißen, sondern auch beson-nene Politik machen können.

Auf jeden Fall ist das Auftauchen von Podemos und Ciudadanos eine Chance, endlich mit frischem Wind das erstarrte politische System durchzulü-fen. Das ist auch bitter nötig. Leider hat sich in Spanien der Eindruck festge-setzt, dass nicht wenige Politiker in der Vergangenheit ihr Amt dazu benutzt haben, um sich selbst und ihre Amigos zu bereichern und Privilegien schamlos auszunutzen. Das betrifft Konservative und Sozialisten gleichermaßen.

Tatsache ist jedenfalls, dass die Ar-mut im Land nicht kleiner, sondern grö-ßer wird – und die Schlangen vor den Suppenküchen länger. Wenn Rajoy in dieser Lage behauptet, „Spanien geht es besser“, klingt dies wie Hohn für viele Leute. Dafür hat er nun die Quit-tung bekommen. Bericht Seite 4  
politik@weser-kurier.de

### KOPF DES TAGES

#### Peter Sperlich



Der Präsident des Ver-waltungsgerichts, Pe-ter Sperlich, könnte an diesem Montag das Bremer Landesparla-ment durcheinander-würfeln. Gemeinsam mit seinen Mitarbei-tern im Wahlprüfungs-gericht verhandelt er den Protest der Alternative für Deutsch-land (AfD) gegen das Auszählergebnis der Bürgerschaftswahl im Mai dieses Jahres. Die Partei kämpft um einen weite-ren Sitz im Haus der Bürgerschaft. Kommen Sperlich (Foto: Kuhaupt) und Kollegen zu dem Ergebnis, dass die AfD im Recht ist und den zusätzlichen Sitz verdient, könnte das auch Auswirkun-gen auf die Sitze der übrigen Parteien haben. Womöglich müsste dann ein Ab-gedrohter seinen Platz im Landesparla-ment wieder räumen. FEA

### WETTER

Tagsüber

Nachts

Niederschlag



12°



10°



60%

Wechselhaft und windig  
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301309

1 0 0 5 2

## Langzeitarbeitslose müssen bangen

**Bremen.** Beschäftigungsträger in Bremen sorgen sich um einen Teil der öffentlich geförderten Jobs für Langzeitarbeitslose. Für etwa 200 Stellen läuft zum Jahresende die Förderung aus, und bislang ist den Trägern und den Arbeitslosen nicht klar, wie es da-nach weitergeht. Bei den Stellen handelt es sich um Tätigkeiten in Stadtteilcafés, in Streichelzoos, in Spielgruppen oder bei der Tafel. Fallen diese Jobs weg, verlieren nicht nur die Beschäftigten ihre Tätigkeit und damit den Lebensunterhalt. Auch die Einrichtungen könnten mitunter nicht mehr weitermachen. „Wenn diese Stellen wegfallen, wird das hier einiges verän-dern“, sagt Tenevers Quartiersmanager Jörn Hermening. „Das Haus der Familie und der Kinderbauernhof verlieren einen wichtigen Teil ihrer Leute.“

Der Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister (Vadib) hat nun einen offenen Brief an Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) geschrieben und ihn zu einer Reak-tion aufgefordert. „Carsten Sieling hat die Stärkung eines sozialen Arbeitsmarktes an-gekündigt, wir erleben noch nicht, dass das mit Leben gefüllt wird – den Worten müs-sen endlich Taten folgen“, sagt Vadib-Ver-treter Peter Dörlöchter.

Laut Senatskanzlei ist das Schreiben an-gekommen. Darauf reagiert habe man aller-dings noch nicht, sagte ein Sprecher. Man wolle sich Anfang der Woche mit dem Arbeitsressort über das Thema unterhal-ten, hieß es. FEA Bericht Seite 7